

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juli 2025

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Nicole Strüber: Unser soziales Gehirn**
- **Deutschlandfunk: Warnender Grundrechte-Report**
- **Punkt.Preradovic: Rechtswidrige Politik als Normalität – mit Prof. Dr. Boehme-Neßler**
- **Multipolar: EU-Abgeordneter darf Corona-Impfstoffverträge nicht einsehen**
- **NachDenkSeiten: Endlich: Prominente SPD-Politiker fordern eine andere Russland-Politik**
- **Stefan Korinth: Frieden statt Krieg: Mehrheit der Deutschen will andere Ukraine-Politik**
- **“Drecksarbeit“**
- **Der US-israelische Krieg gegen den Iran**
- **Karin Leukefeld: Der israelische “Auferstehungskrieg” ...**
- **René Zittlau: Es geht um alles – nicht nur für den Iran**
- **Michael Hudson: Warum Amerika gegen den Iran Krieg führt**
- **Verhandlungen über Atomabkommen mit Iran**
- **Ibtisam Mahdi: Bombardierung von Anlagen, Unterbrechung von Pipelines: Israel treibt die Wasserkrise im Gazastreifen an den Rand des Abgrunds**
- **Schutzlose Hilfesuchende in Gaza**
- **“Global March to Gaza“ gestoppt**
- **Stefan Nold: Jugendgefährdende Regierungen**
- **Sergej Lawrow: Warum hält sich der Westen nicht an die Grundsätze der UNO?**
- **Friedensbotschafterin aus Palästina – Sumaya Farhat-Naser in der Schweiz**

**Man muss sich begegnen, kennenlernen und erfahren,
dass der andere ein Mensch ist wie ich.
Nur mit Menschlichkeit können wir die Menschlichkeit im anderen wachhalten.**

Editorial

Nicole Stüber legt eingangs dar, dass für das gute Funktionieren unseres Gehirns und unserer psychischen Gesundheit **das soziale Miteinander** ebenso wichtig ist wie der persönliche Austausch. **Der offene Austausch in der Gesellschaft** wird aktuell aber gezielt eingeschränkt, wie ein Grundrechte-Report zum Thema Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie auch der Verfassungsrechtler Boehme-Neßler ausführen. Auch die parlamentarische Einsichtnahme in die EU-Verträge mit Corona-Impfherstellern wird laut Multipolar zu verhindern versucht.

Auf die **Notwendigkeit eines offenen Dialogs** zielt das Manifest von SPD-Politikern für eine andere Russland-Politik. Auch von einer Mehrheit der Deutschen wird laut einer von Stefan Korinth zitierten Umfrage eine Ukraine-Politik mit mehr **Diplomatie in Richtung Friedensverhandlungen** gefordert. Vollkommen kontraproduktiv sind hierzu die Dankesäußerungen zur **„Drecksarbeit“** Israels von Bundeskanzler Friedrich Merz, die zu einer Strafanzeige führten.

Besonders **im Nahen Osten prägt das Thema Krieg die Schlagzeilen**. Mehrere Beiträge beschäftigen sich mit dem Angriff von Israel und USA auf den Iran. Karin Leukefeld hat vor Ort erfahren, dass die iranischen Gegenschläge in Israel größere Schäden angerichtet haben als hierzulande berichtet wird. In einem anderen Artikel ordnet sie die **völkerrechtswidrigen Angriffe** in die internationale Politik ein. Auch die Beiträge von René Zittlau und Michael Hudson beschäftigen sich mit den Motiven der Angreifer und stellen sie in den **geostrategischen Rahmen**. Zur Wiederaufnahme der mit dem Beginn des israelischen Angriffs abgebrochenen **Atomverhandlungen** zwischen Iran und USA sind angeblich beide Seiten prinzipiell bereit.

Von der militärischen Auseinandersetzung mit dem Iran übertönt geht der **Krieg Israels gegen die Palästinenser** im Gazastreifen und Westjordanland weiter, worüber Ibtisam Mahdi berichtet. Im weiterhin bombardierten Gazastreifen werden **hilfesuchende Palästinenser** erschossen, wenn sie nach stundenlangen Märschen zum „falschen“ Zeitpunkt in der Nähe von Verteilstationen für Lebensmittelpakete auftauchen. Auch in der Westbank werden die Palästinenser fortschreitend ihrer **Lebensgrundlagen beraubt**. Der von einer Graswurzelbewegung initiierte **„Global March to Gaza“** sollte die illegale Blockade des Gazastreifens durch Israel durchbrechen, wurde aber auf israelischen Druck hin in Ägypten gewaltsam gestoppt.

.....

.....

*Stefan Nold betont die Notwendigkeit, das **Leben junger Menschen zu verbessern** und den Krieg in der Ukraine zu beenden. Sergej Lawrow hält im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg dem Westen vor, sich nicht an die **Grundsätze der UNO und des Völkerrechts** zu halten. Abschließend berichtet Renate Dünki über einen Vortrag der **palästinensischen Friedenspädagogin Dr. Sumaya Farhat-Naser** über die Abläufe und Zustände in Palästina. Und Eliane Perret schildert, mit welcher Empathie Farhat-Naser ihre Friedensarbeit in Schulen praktiziert.*

[Inhalt](#) ↑

- Nicole Strüber: **Unser soziales Gehirn**

Die renommierte Neurobiologin Nicole Strüber erklärt in ihrem [Buch „Unser soziales Gehirn: Warum wir mehr Miteinander brauchen“](#) die erstaunlichen Prozesse unseres Gehirns und verdeutlicht, warum Nähe zu anderen Menschen so wichtig ist. Die Tatsache, dass ein geregeltes und erfülltes Miteinander immer weniger Raum in unserem Alltag einnehme, gefährde unsere körperliche und psychische Gesundheit. Denn durch das wirkliche Miteinander, den persönlichen Austausch werden Botenstoffe wie Oxytocin ausgeschüttet. Dies fördere unsere Entspannung, unsere Gesundheit, unsere Bereitschaft zu Veränderung, unsere Empathie und unser Vertrauen in andere. Und es lasse uns im Miteinander andere verstehen und mit ihnen kooperieren. Nicole Strüber vereint in ihrem Buch neuestes Forschungswissen mit der aktuellen Situation – und fordert ein politisches und gesellschaftliches Umdenken.

[Nicole Strüber](#) ist promovierte Neurobiologin und als Wissenschaftsautorin und Referentin im Rahmen von Vorträgen und Seminaren tätig. Sie ist (Co-)Autorin von „Wie das Gehirn die Seele macht“ (2018), „Die erste Bindung“ (2016), „Risiko Kindheit“ (2019). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Deutschlandfunk: **Grundrechte-Report warnt vor wachsender staatlicher Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland**

Der von verschiedenen Bürgerrechtsgruppen herausgegebene [Grundrechte-Report 2025](#) warnt laut Deutschlandfunk vor einer zunehmenden staatlichen Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland. In bislang nicht gekanntem Ausmaß stünden demnach die Kommunikationsgrundrechte und damit die Grundlagen der pluralistischen Demokratie unter Druck. Die auch als „alternativer Verfassungsschutzbericht“ bezeichnete Analyse wurde am 22.05.2025 in Berlin offiziell vorgestellt. U.a. wurde dabei auf den Nahost-Konflikt verwiesen. Bestimmte Arten von Versammlungen würden pauschal verboten und Protestcamps mit Gewalt geräumt. So würden bestimmte [Meinungen durch präventive Versammlungsverbote und Polizeigewalt gezielt aus dem öffentlichen Diskurs gedrängt](#). Kritisiert wird auch der Umgang mit Geflüchteten oder Menschen in Haft.

[Inhalt](#) ↑

- Punkt.Preradovic: **Rechtswidrige Politik als Normalität – mit Prof. Dr. Boehme-Neßler**

Der Verfassungsrechtler Volker Boehme-Neßler sieht die Meinungsfreiheit in Deutschland und in der EU ganz massiv unter Druck. Er erinnert an die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts, dass mit Beschädigung der Meinungsfreiheit auch die Demokratie beschädigt wird. [“Jeder Bürger muss sagen können, was er meint](#) – ohne Sanktionen fürchten zu müssen.“ Auch nicht verfassungskonforme Meinungen sind geschützt. “Auch Lügen ist ein Menschenrecht.“ Boehme-Neßler sieht auch alle in dem AfD-Gutachten zitierten Äußerungen vom Grundgesetz geschützt und vom Verfassungsschutz unzulässig interpretiert und damit entstellt. Für den Verfassungsrechtler ist es verfassungswidrig, dass sich der Verfassungsschutz mit Spekulationen in die Politik einmischt. Er weist darauf hin, dass der Verfassungsschutz gegenüber dem Innenministerium weisungsgebunden ist. Die Idee, die Partei AfD verbieten zu lassen, hält Boehme-Neßler für absolut untauglich. Ihm fehlt die vom Grundgesetz gewollte Anstrengung, Minderheiten in den Staat integrieren zu wollen. Es gehe den bisherigen Volksparteien darum, ihre Macht zu erhalten, was aber langfristig die Demokratie kaputt mache. (Video zu Preradovic-Interview, 48m00)

[Punkt.Preradovic](#) *“greift aktuelle, heiße und kontroverse Themen auf“*. Auf dieser Plattform diskutiert Milena Preradovic, [Moderatorin, Medientrainerin und Autorin](#), mit *“meinungsstarken Koryphäen“*. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Multipolar: **EU-Abgeordneter darf Corona-Impfstoffverträge nicht einsehen**

Der Europaabgeordnete Friedrich Pürner (parteilos, ehemals BSW) hat versucht, alle elf Verträge zwischen der EU und den Corona-Impfstoffherstellern einzusehen, die in den Jahren 2021/22 abgeschlossen wurden. Konkret geht es um die Verträge mit BioNTech/Pfizer, Moderna, AstraZeneca, Johnson & Johnson, Sanofi-GSK sowie mit Novavax, HIPRA und CureVac. Die Einsicht wurde mit der Begründung verweigert, der EU-Gesundheitsausschuss lehne eine Unterstützung ab, da dieser “als Teil des Europäischen Parlaments [an den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit \[mit der Kommission\] gebunden](#) sei.“ Auch wenn die Verträge ohne Schwärzungen beim [italienischen Sender RAI](#) als auch bei [‘Frag den Staat’](#) veröffentlicht zugänglich gemacht wurden, hat die EU-Kommission bisher sämtliche Vertragstexte nur an vielen Stellen geschwärzt zur Verfügung gestellt. Pürner kritisiert, dass er ohne Einsicht in die Akten die ihm zufallende parlamentarische Kontrolle nicht wahrnehmen könne. Er macht auch auf das laufende Verfahren bzgl. der Impfstoffbeschaffung bei Pfizer gegen die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen aufmerksam, das bisher ohne Ergebnis blieb.

Das Magazin [‘Multipolar’](#) legt Wert auf multiperspektivischen Journalismus, gründliche Analysen und pointierte Kommentare zu Politik und Gesellschaft. Das leserfinanzierte Magazin wurde 2020 von den Journalisten Stefan Korinth, Paul Schreyer und Ulrich Teusch gegründet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- NachDenkSeiten: **Endlich: Prominente SPD-Politiker fordern eine andere Russland-Politik**

In einem nach Tobias Riegel wichtigen und überfälligen Schritt fordern etliche prominente SPD-Politiker in einem aktuellen [“Manifest“](#) Gespräche mit Russland und stellen sich damit gegen die Pläne von Regierung und SPD-Spitze. Zudem drängen sie darauf, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen zu stoppen, und erklären das “Fünf-Prozent-Ziel“ der NATO für “irrational“, da es dafür keine sicherheits-politische Begründung gebe. Die [Veröffentlichung des Manifests erfolgt vor dem Bundesparteitag](#), den die SPD Ende Juni ausrichtet. Das an den Bundesparteitag

gerichtete [Manifest kann mitunterzeichnet werden](#). Zu dem Manifest haben einige Bürger noch einen unterstützenden [Offenen Brief](#) geschrieben.

Im Widerspruch zu diesem Manifest behauptet Bundesverteidigungsminister Pistorius, mit Putin könne man nur aus einer Position der Stärke verhandeln. Und behauptet dann: "Das ist im Übrigen auch die [Politik Willy Brandts gewesen ... Annäherung und Verhandlungen auf Augenhöhe](#). Aber keine Unterwerfung." Albrecht Müller sieht darin "eine nackte Geschichtsfälschung. Typisch für die charakterlosen Typen, die heute die Politik bestimmen. Ich habe die 'Politik der Stärke' Adenauers genau verfolgt und war dann ab 1968 als Mitarbeiter der Bundesregierung und ab 1969 der SPD (Willy Brandt) direkt am Geschehen beteiligt und weiß deshalb, dass Pistorius die Unwahrheit sagt." Müller mahnt Pistorius aufzuhören, "die Geschichte zu verfälschen. Und die Medien sollten übrigens gelegentlich mal ihr Wissen über die jüngere Geschichte Deutschlands aufbessern. Es wäre ihre Aufgabe, den oben zitierten Äußerungen des Herrn Pistorius zu widersprechen – oder jedenfalls in Hohngelächter auszubrechen. Solange sie das nicht tun, muss man annehmen, dass sie auf den Lohnzettel der Rüstungswirtschaft stehen."

Das Projekt [NachDenkSeiten](#) geht auf die Initiative von Albrecht Müller zurück. Seine Realisierung folgt allein der Idee, etwas gegen die Einseitigkeit und Flachheit der öffentlichen Debatte tun zu wollen und dazu das Medium Internet zu nutzen. (Red.)

[Tobias Riegel](#) hat als Journalist, für verschiedene Berliner Medien gearbeitet und ist heute Redakteur der NachDenkSeiten; seine Arbeitsschwerpunkte: Feuilleton, Medienkritik und Politik. (Red.)

[Albrecht Müller, Jg. 1938](#), Nationalökonom und Herausgeber der NachDenkSeiten. Müller war in seiner politischen Laufbahn Ghostwriter bei Prof. Dr. Karl Schiller, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der SPD, Leiter der Planung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, ehemaliger Bundestagsabgeordneter. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Stefan Korinth: **Frieden statt Krieg: Mehrheit der Deutschen will andere Ukraine-Politik**

Eine repräsentative Umfrage zur Ukraine-Politik der deutschen Regierung hat ergeben, dass zwar eine knappe Mehrheit der Deutschen für eine weitere Unterstützung der Ukraine ist, aber die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern und ein direktes militärisches Eingreifen Deutschlands in den Krieg klar ablehnt. Eine weitere Umfrage hat ergeben, dass [über 65% der Deutschen für Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland](#) plädieren. In der Ukraine möchten über 70% der Bevölkerung, dass ihre Regierung auch nach einem diplomatischen Weg zur Beendigung des Krieges suchen bzw. "sofortige Friedensverhandlungen aufnehmen soll. Dieser Friedenswille der Ukraine ist den Deutschen laut Umfrage mehrheitlich unbekannt.

[Stefan Korinth](#), Jg. 1983, studierte Sozialwissenschaften, bildete sich dann journalistisch weiter. Heute freiberuflicher Journalist zu regionalen, sozialen und politischen Themen sowie aufgrund persönlicher Kontakte zur Ukraine. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● "Drecksarbeit"

Bundeskanzler Friedrich Merz unterstützt Israels Krieg gegen den Iran nachdrücklich und hat am 17.06.2025 erklärt: "Das ist die [Drecksarbeit, die Israel für uns alle macht](#). Auch wir sind Opfer dieses Regimes. Dieses Mullah-Regime hat der Welt Tod und Zerstörung gebracht". Nach Merz muss das iranische Atomprogramm zerstört werden. Er schlug vor, dass die USA dies tun sollten, da sie über schwere Bunkerbrecher-Bomben verfügen, die das israelische Militär nicht besitzt. Als

Israel am 13.06. seinen Angriffskrieg gegen den Iran begann, veröffentlichte das deutsche Außenministerium eine Erklärung, in der es den iranischen "wahllosen" Gegenangriff verurteilte. Während Deutschland, Frankreich und Großbritannien in den letzten Monaten Israels Völkermord in Gaza kritisiert haben, haben alle drei Länder Israels Angriff auf den Iran unterstützt, obwohl der französische Präsident Emmanuel Macron erklärt hat, dass ein Regimewechsel, der zunehmend als Ziel Israels erscheint, ein "strategischer Fehler" wäre.

Für den Nahostexperten Michael Lüders (Video, 1h21) sind die [Aussagen von Merz ungeheuerlich](#), denn damit habe er das Völkerrecht in die Tonne getreten und damit einen brandgefährlichen Weg eingeschlagen. Lüders verweist auf die Einschätzung der US-Geheimdienste vom 18.03.2025 ([Annual Threat Assessment](#), Seite 26), nach der der Iran nach wie vor nicht dabei sei, eine Atombombe zu bauen. Auch CNN habe in Berufung auf die US-Geheimdienste gemeldet, dass der Iran keine Atombombe baue und dafür mindestens drei Jahre brauchen würde. Den Plan, solch eine Bombe zu bauen, habe der Iran 2003 aufgegeben. Lüders erinnert daran, dass dann 2015 die Verhandlungen zu einem Atomvertrag mit den westlichen Mächten erfolgreich abgeschlossen wurden, aber der Vertrag wurde 2018 von den USA gekündigt. Die Anreicherung bis zu 60% betriebe der Iran, um Druck für neue Verhandlungen zu einem Atomvertrag aufzubauen. Aber diese Anreicherung sei noch nicht waffentauglich. Der Angriff auf den Iran habe nichts mit einer Selbstverteidigung von Israel zu tun. Von daher wirft Lüders dem Westen Realitätsverweigerung bzw. Heuchelei und Kriegspropaganda vor.

Eine Reihe deutscher Persönlichkeiten aus Politik, Medien und Kultur hat eine [Strafanzeige gegen Bundeskanzler Friedrich Merz gestellt](#). Anlass ist die Aussage des Kanzlers vom 17.06.2025 zum israelischen Angriff auf den Iran: "Das ist die Drecksarbeit, die Israel macht für uns alle." Die Unterzeichner fordern deshalb den Generalbundesanwalt und die Staatsanwaltschaft Berlin auf, strafrechtliche Schritte gegen den Bundeskanzler einzuleiten. Sie berufen sich dabei u.a. darauf, dass das Strafgesetzbuch in Paragraph 80 A das "Aufstacheln zu einem Angriffskrieg" mit "gesteigerten, auf die Gefühle des Adressaten gemünzten propagandistischen Anreizen" begründet. Zudem habe "Bundeskanzler Merz gegen 'den Gedanken der Völkerverständigung' (Art. 9 Grundgesetz) und das 'Friedensgebot' (Art. 20 Abs. 3 GG) verstoßen [...], wozu er durch Art. 25 gleichzeitig durch das Grundgesetz im Amtseid an das internationale Völkerrecht gebunden ist". Der israelische Angriffskrieg stehe "in eklatantem Widerspruch" zu Art. 2.3 und Art. 2.4 der UN-Charta zumal es laut US-Geheimdiensten keine iranische Atombombe gebe. Außerdem habe Merz Nazi-Vokabular verwendet; dazu heißt es in der Anzeige: "Anfang 1942 hatte SS-Obersturmführer August Häfner die Massen-Erschießung von 34'000 jüdischen Menschen innerhalb von 48 Stunden in Babi Jar mit eben derselben zynischen Wortwahl 'als Drecksarbeit' gerechtfertigt." Für Tilo Gräser ist diese Strafanzeige ein Lackmustest für den deutschen Rechtsstaat.

Da der Ermittlungseifer der Staatsanwaltschaft sich offenbar in Grenzen hält, legen die Initiatoren für die Strafanzeige mit einem [Appell an die Staatsanwaltschaft](#) nach. Jeder von uns kann diesen Appell und die Strafanzeige durch eine entsprechende Mail unterstützen. Mail an <mailto:merz-bestrafen@weltnetz.tv> unterstützen.

[Dave DeCamp](#) ist stellvertretender Redakteur bei Antiwar.com und freiberuflicher Journalist in Brooklyn, NY, mit Schwerpunkt auf US-Außenpolitik und Kriegen. (Red.)

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Er ist Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour sowie Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Der US-israelische Krieg gegen den Iran

In ihrem Artikel vom 24.06.2025 hat Karin Leukefeld (aus Beirut berichtend) die bis dahin bekannt gewordenen [Abläufe und tagesaktuellen Kommentare verschiedener Politiker und Journalisten zum US-Bombardement seit 20.06. bis zum 23.06. zusammengestellt](#).

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu wollte den militärischen Konflikt mit dem Iran eigenen Aussagen zufolge [so schnell wie möglich beenden, um einen andauernden „Abnutzungskrieg“ zu vermeiden](#). Israel werde seine „Aktionen nicht über das hinaus fortsetzen, was nötig ist, um die Ziele zu erreichen“. Laut israelischen Militäranalysten haben die iranischen Raketenangriffe die israelische Bevölkerung „zermürbt“ und gegen die eigene Regierung aufgebracht. Die israelische Wirtschaft sei „ruiniert“, der wichtigste Tiefwasserhafen des Landes in Haifa durch iranische Raketentreffer sei schwer beschädigt und inzwischen geschlossen – ebenso der einzige internationale Flughafen „Ben Gurion“ in Tel Aviv. Containerschiff-Reedereien und Fluggesellschaften stellten ihre Verbindungen nach Israel ein. Laut dem früheren CIA-Analysten Larry Johnson wäre bei einem andauernden Konflikt die israelische Nahrungs- und Energieversorgung stark gefährdet gewesen. Nach Raketeneinschlägen musste die größte israelische Öl-Raffinerie ihren Betrieb einstellen. Mehrere Städte darunter Ashdod und Haifa waren nach iranischen Raketentreffern in Kraftwerken zeitweise ohne Strom. Durch Abschüsse hat Israel wertvolle Aufklärungs- und Kampfdrohnen von seinen wenigen Dutzend Geräten verloren. Auch das israelische Arsenal an Abfangraketen sei aufgrund der Einsätze gegen iranische Angriffe bedenklich zusammengeschrunpft. Der US-Militärblogger „Simplicius“ sieht in dieser prekären Lage Israels den Grund für eine schnelle „Siegeserklärung“ und Beendigung des Krieges.

Obwohl nach einem Bericht von 'NBC News' dem israelischen Militär [die wichtigsten Waffen bereits fast ausgegangen](#) waren, hat Israels Ministerpräsident den Krieg gegen den Iran als historischen Sieg verkauft. Damit konnte er die Zustimmung zu einem Waffenstillstand geben.

Karin Leukefeld, Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

Das Magazin 'Multipolar' legt Wert auf multiperspektivischen Journalismus, gründliche Analysen und pointierte Kommentare zu Politik und Gesellschaft. Das leserfinanzierte Magazin wurde 2020 von den Journalisten Stefan Korinth, Paul Schreyer und Ulrich Teusch gegründet. (Red.)

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Karin Leukefeld: Der israelische „Auferstehungskrieg“ und seine Auswirkungen

[Weltweit wird Israel deutlich verurteilt](#). Selbst Australien und Japan, fest im westlichen Bündnis verankert, verurteilen den israelischen Angriff auf den Iran. Die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, China und Südafrika äußern scharfe Kritik, Russland und die Türkei haben Vermittlung angeboten. Massendemonstrationen in Den Haag und Brüssel mit jeweils 150'000 Teilnehmern fordern den sofortigen Stopp von Waffenlieferungen an Israel und ein Ende der Kriege in der Region. Auch die Außenminister von 20 arabischen und islamischen Staaten haben in einer gemeinsamen Erklärung den nicht provozierten israelischen Angriff auf Iran verurteilt. Die fortgesetzten israelischen Angriffe auf Iran seien „eine klare Verletzung des internationalen Rechts und des internationalen

humanitären Rechts“, eine ernste Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität der gesamten Region“ und müssten sofort gestoppt werden. Die Situation müsse diplomatisch gelöst werden.

Während der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu die Angriffe auf den Iran als “einen Akt der Selbstverteidigung“ darstellt, werden sie vom iranischen UN-Botschafter als eine “Kriegserklärung“ aufgefasst. Russlands UN-Botschafter kritisierte, Israel sei offenbar überzeugt, in der Region tun zu können, was es wolle. Laut Karin Leukefeld reagiert der Iran trotz hoher Verluste überlegt. Die Aufforderung von US-Präsident Trump, einen “Deal“ zu machen, bevor von dem Land nichts mehr übrigbleibe, beantwortete Teheran mit der Absage der für den 15.06.2025 geplanten Gesprächsrunde über das iranische Atomprogramm. Gleichzeitig betont das Außenministerium die Bereitschaft, die Gespräche mit den USA über das iranische Atomprogramm wieder aufzunehmen. Voraussetzung sei die Einstellung der Angriffe durch Israel. Die Aufforderung von Netanjahu an die Iraner, sich gegen die Führung und “für die Freiheit“ zu erheben, wurde laut Leukefeld mit Protesten gegen Israel und Netanjahu beantwortet. Aber andererseits arbeiten laut Leukefeld Israel und seine westlichen Partner intensiv daran, “ethnische und religiöse Gruppen im Iran und in Nachbarstaaten zu infiltrieren, sich gegen den iranischen Nationalstaat zu bewaffnen und zu erheben“. Leukefeld spricht in ihrem Beitrag noch viele andere Aspekte der Region an.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● René Zittlau: **Es geht um alles – nicht nur für den Iran**

Für René Zittlau hat mit dem Überfall Israels auf Iran das Völkerrecht aufgehört zu existieren. Damit sei ein mühsam errungenes Mindestmaß an Vertrauen zwischen den Staaten verloren gegangen. Die Spitze habe US-Präsident Trump draufgesetzt, als er mitteilte, [ohne die USA sei der Überfall nicht möglich gewesen](#). Das heißt für Zittlau, “die USA waren direkt an der Planung und Durchführung des israelischen Angriffs auf den Iran beteiligt“ – durch kurzfristig gelieferte Hellfire-Raketen zur Exekutierung der iranischen Wissenschaftler, durch Geheimdienstinformationen, durch Betanken israelischer Bomber über Syrien, durch Beteiligung an der Raketen- und Drohnenabwehr über dem Irak, Syrien und Jordanien und durch aus der Ukraine abgezogene Patriot-Raketen. Dabei seien die USA von Großbritannien und Frankreich unterstützt worden. Auf die bei der IAEA (Internat. Atomenergiebehörde) verabschiedete, scheinbar von NATO und Israel bestellte Resolution vom 12.06.2025 habe der darin beschuldigte Iran nicht einmal mehr reagieren können, bevor die langfristig vorbereitete Aggression losgetreten wurde. Nach Zittlau wurde der Konflikt bewusst provoziert, um vor dem Auslaufen des Vertrags zwischen dem Iran und der IAEA agieren zu können. Denn mit dem Auslaufen des Vertrags werde “der Iran frei zu tun, was immer er für richtig hält“. Zudem war es für die USA wichtig, vor dem Auslaufen des Vertrags über die Kontrolle des irakischen Luftraums zu agieren.

Nach Zittlau ist der Angriff auf den Iran auch im Hinblick auf die Bedeutung des Iran als Schlüsselstaat für die BRICS zu sehen. “Israel und die USA wollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein Regimechange würde die gewünschte westliche Ordnung im Nahen Osten wiederherstellen einschließlich des langgehegten Zugangs zu den iranischen Bodenschätzen. Gleichzeitig wäre das ein empfindlicher Schlag gegen die BRICS-Gruppe. [...] Ein Herausbrechen des Iran aus BRICS würde Russland vor erhebliche Probleme stellen. Der angestrebte Nord-Süd-Transportkorridor vom Norden Russlands über Aserbaidshan und Iran nach Indien ist ohne den Iran nicht realisierbar. China verliert ohne den Iran seinen derzeit größten Erdgaslieferanten. Es dürfte kein Zufall gewesen sein, dass Israel im Iran gerade das weltweit größte Gasfeld in Brand setzte.“

Das Völkerrecht hat zwar nicht aufgehört zu existieren, verliert aber durch seine Missachtung immer weiter an Bedeutung. (Red.)

[René Zittlau](#), Jg. 1960, kann Russisch, Tschechisch, Slowakisch, hat sich viele Jahre in mittel- und osteuropäischen Ländern aufgehalten und kennt die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge rund um diese Länder. Er arbeitete zunächst für den Geheimdienst und anschließend in der freien Wirtschaft. Mit dieser Expertise will Zittlau mit seinen Beiträgen bei 'voicefromrussia.ch' dazu beitragen, Brücken zu bauen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael Hudson: **Warum Amerika gegen den Iran Krieg führt**

Nach Michael Hudson wird die Außenpolitik der USA durch die Neokonservativen bestimmt, denen es darum geht, "den Nahen Osten und sein Öl als Stütze ihrer Wirtschaftsmacht zu kontrollieren und andere Länder daran zu hindern, sich aus der von den USA dominierten neoliberalen Ordnung zu lösen". Es gehe um die Aufrechterhaltung der unipolaren Ordnung, die vor allem durch China, aber auch durch jedes nach nationaler Autonomie strebendem Land als bedroht gesehen werde. Beim Iran gehe es nicht um die Entwicklung einer Atombombe, sondern darum zu verhindern, dass sich der Iran aus der Dollar-Hegemonie und der unipolaren Kontrolle der USA löst. "Mit einem zerschlagenen Iran und seinen Teilstaaten, die zu einer Reihe von Oligarchien geworden wären, könnte die US-Diplomatie das gesamte Öl des Nahen Ostens kontrollieren. Und die Kontrolle über das Öl ist seit einem Jahrhundert ein Eckpfeiler der internationalen Wirtschaftsmacht der USA, dank der international tätigen US-Ölkonzerne (die nicht nur als inländische Öl- und Gasproduzenten tätig sind) und der Überweisung der aus dem Ausland erzielten wirtschaftlichen Renten, die einen wesentlichen Beitrag zur Zahlungsbilanz der USA leisten."

Hudson sieht im Iran den "Schlussstein für die vollständige Kontrolle über den Nahen Osten und dessen Öl- und Dollarreserven". Diese Kontrolle würde auch den Transportkorridor Chinas in Richtung Westen unterbrechen. "Der Iran ist auch ein Schlüssel zur Blockade des russischen Handels und der Entwicklung über das Kaspische Meer und den Zugang zum Süden unter Umgehung des Suezkanals. Und unter US-Kontrolle könnte ein iranisches Marionettenregime Russland von seiner Südflanke aus bedrohen. Für die Neocons macht all dies den Iran zu einem zentralen Dreh- und Angelpunkt, auf dem die nationalen Interessen der USA beruhen." Allerdings sieht Hudson, dass [die Verfolgung des Ziels der USA, "andere Nationen durch die Androhung von wirtschaftlichem Chaos zu kontrollieren", selbstzerstörerisch](#) sei. Die Staaten suchten angesichts der US-Drohungen nach Alternativen, nach Auswegen. Die Spaltung zwischen der US-zentrierten neoliberalen Ordnung und der globalen Mehrheit verstärke sich, werde unumkehrbar.

Hinsichtlich des US-Angriffs auf die iranischen Atomanlagen geht Hudson davon aus, dass die US-Raketen an mit dem Iran vereinbarten Standorten eingeschlagen haben, "die der Iran gerade für eine solche diplomatische Entschärfung geräumt hatte". Hudson sieht in Israel den "großen Verlierer, und seine Fähigkeit, als Stellvertreter der USA zu fungieren, ist stark eingeschränkt. Die Verwüstungen durch iranische Raketen haben Berichten zufolge ein Drittel von Tel Aviv und einen Großteil von Haifa in Schutt und Asche gelegt. Israel hat nicht nur seine wichtigsten militärischen und nationalen Sicherheitsstrukturen verloren, sondern wird auch einen Großteil seiner qualifizierten Bevölkerung verlieren, die mit ihrer Industrie auswandern wird."

[Michael Hudson](#), Jg. 1939, lehrt Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri in Kansas City; daneben ist er Finanzanalyst und Berater an der Wall Street. Er gehört zu den Finanz- und Ökonomieexperten der Occupy-Bewegung und arbeitet eng mit dem bekannten sozialen und politischen Aktivisten David Graeber zusammen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Verhandlungen über Atomabkommen mit Iran

Die USA und der Iran hatten sich bei der zweiten Runde der Atomverhandlungen am 19.04.2025 in Rom darauf geeinigt, mit der [Ausarbeitung eines Rahmens für ein mögliches Abkommen](#) zu beginnen. Laut Reuters bekräftigte der Iran seine offizielle Position, sein Atomprogramm diene ausschließlich friedlichen Zwecken; die iranischen Konferenzteilnehmer zeigten sich offen für begrenzte Einschränkungen im Austausch für die Aufhebung der internationalen Sanktionen. Teheran machte jedoch auch deutlich, dass der Gemeinsame Umfassende Aktionsplan (JCPOA) von 2015 nicht mehr zeitgemäß sei und jedes künftige Abkommen die aktuelle geopolitische Lage widerspiegeln müsse.

Am 24.04.2025 ließ der iranische Außenminister Abbas Araghtschi wissen, dass der Iran [auch mit Frankreich, Deutschland und Großbritannien über sein Nuklearprogramm verhandeln](#) will. Die drei europäischen Staaten (die E3) hatten vergangenen Dezember erklärt, sie seien bereit, alle internationalen Sanktionen gegen den Iran aufzuheben, um das Land am Bau einer Atomwaffe zu hindern. Derzeit verhandeln die USA mit der Islamischen Republik über ein neues Atomabkommen.

Nach Ron Paul konnten die Verhandlungen zu einem neuen Atomabkommen nicht zu einem Abschluss kommen, da die Neokonservativen massiven Druck auf den US-Gesandten Steve Witkoff ausübten. Die Neokonservativen wüssten, dass der Iran sein Recht auf zivile Nutzung der Atomkraft nicht aufgeben werde und daher einem Abkommen nicht zustimmen könne, das ihm auch schwache Urananreicherung für zivile Zwecke verbietet. Zu dem Vorschlag von Ron Paul an den US-Präsidenten, [ein für beide Seiten akzeptables Atomabkommen mit dem Iran zu unterzeichnen](#) und damit den Krieg der Neokonservativen mit dem Iran zu beenden, ist es nicht gekommen.

Nach den Angriffen Israels und der USA auf den Iran machte der Iran Ende Juni eine Wiederaufnahme der [Gespräche mit den USA über sein Atomprogramm von einem Verzicht Washingtons auf weitere Angriffe abhängig](#). Verhandlungsbereitschaft hatte zuvor auch der iranische UN-Botschafter Amir Saeid Iravani signalisiert: Im Fall einer Einigung sei der Iran bereit, unter bestimmten Bedingungen seine Vorräte an auf 60% und 20% angereichertem Uran in ein anderes Land zu überstellen. Nicht aufgeben wolle man aber das Recht auf inländische Produktion von Uran, was die USA ablehnen.

Nach den Angriffen der USA und Israels auf iranische Atomanlagen hat die ARD eine [Chronik der Auseinandersetzungen um das Atomprogramm des Iran](#) zusammengestellt. Das Programm begann 1959, als der Iran unter Schah Mohammed Reza Pahlavi mit Hilfe der USA zwei Forschungsreaktoren bauen konnte. Nach dem Sturz des Schahs 1979 sollte das Atomprogramm durch von den USA aufgebauten internationalen Druck (Sanktionen) zum Stillstand kommen. Nachdem 2002 enthüllt wurde, dass der Iran Uran anreicherte, nahmen Großbritannien, Frankreich und Deutschland im Juni 2003 Atomverhandlungen mit dem Iran auf. Als der Iran 2006 die Anreicherung wieder aufnahm, stiegen die Europäer zunächst wieder aus. 2010 kam es zum ersten israelischen (Cyber-)Angriff auf eine iranische Atomanlage. Doch 2015 unterzeichneten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA, Russland, China und Iran die sogenannte Wiener Nuklearvereinbarung, die drei Jahre später von den USA einseitig gekündigt wurde, nachdem Israel dem Iran vorwarf, das Atomprogramm sei nicht nur zivilen Charakters. Von da ab nahmen die Spannungen und Angriffe auf das iranische Atomprogramm immer weiter zu. 2024 kam es dann zu militärischen Angriffen Israels auf den Iran und deren Beantwortung durch Teheran.

[Inhalt](#) ↑

- **Ibtisam Mahdi: Bombardierung von Anlagen, Unterbrechung von Pipelines: Israel treibt die Wasserkrise im Gazastreifen an den Rand des Abgrunds**

Die Wasserkrise in Gaza ist keine Nebenwirkung des israelischen Angriffs, sondern vielmehr ein bewusster Aspekt davon. Nach Angaben des Medienbüros der Regierung von Gaza hat die israelische Armee seit dem 7. Oktober 719 Wasserbrunnen zerstört. Am 10.03.2025 unterbrach Israel die verbleibende Stromversorgung des Gazastreifens und zwang die größte Entsalzungsanlage im Gazastreifen, ihren Betrieb herunterzufahren. Wenige Tage später wurde die zweitgrößte Anlage aufgrund von Treibstoffmangel, der auf die totale Blockade der Enklave durch Israel zurückzuführen ist, außer Betrieb genommen. Eine weitere Anlage, die Ghabayen-Anlage in Gaza-Stadt, wurde Anfang April bombardiert. Und am 05.04. stoppte Israel die Wasserversorgung des Gazastreifens durch das israelische Unternehmen Mekorot, das fast 70% des Trinkwassers im Gazastreifen lieferte.

Zuhd Al-Aziz, Berater des stellvertretenden Ministers für Kommunalverwaltung im Gazastreifen, erklärte, dass die gesamte [Bevölkerung mit einer "katastrophalen humanitären Krise" konfrontiert](#) sei, nachdem Israel die Stromzufuhr zum Gazastreifen unterbrochen und die meisten Entsalzungs- und Wasseraufbereitungsanlagen stillgelegt habe. Nach Angaben von Al-Aziz hat die israelische Armee direkt auf die Notstromaggregate gezielt, so dass es äußerst schwierig ist, die Anlagen in Betrieb zu halten. "85% der Frischwasserquellen im Gazastreifen wurden zerstört, so dass die Bewohner gezwungen sind, verschmutztes und nicht trinkbares Wasser zu verwenden", erklärte er. "Etwa 90% der privaten und öffentlichen Entsalzungsanlagen - insgesamt 296 - haben ihren Betrieb eingestellt, entweder durch direkte Angriffe oder aufgrund von Treibstoffmangel. Fünf große Abwasseraufbereitungsanlagen haben ebenfalls ihren Betrieb eingestellt, was die Gefahr von Umweltverschmutzung und Krankheitsausbrüchen erhöht hat."

Assem Al-Nabeeh, ein Sprecher der Stadtverwaltung von Gaza-Stadt, beschrieb die Krise in ähnlich deutlichen Worten. "Die israelische Besatzung hat allein in Gaza-Stadt mehr als 64 Brunnen und über 110'000 laufende Meter Wassernetze zerstört, was zu einem starken Rückgang der verfügbaren Wasserversorgung geführt hat", erklärte er. "Derzeit sind nur 30 Brunnen in Betrieb, die nicht einmal einen Bruchteil des Bedarfs der Bevölkerung decken können - insbesondere angesichts des Zustroms von Vertriebenen aus den nördlichen Bezirken. Al-Nabeeh wies darauf hin, dass die Wasserkrise mit der Verschärfung des Hungers, der anhaltenden Belagerung, den steigenden Temperaturen und der sich verschlechternden Gesundheits- und Umweltsituation einhergeht, die durch die Anhäufung von Abfällen und das Auslaufen von Abwässern verursacht wird. All dies stellt eine direkte Bedrohung für das Leben der Bewohner dar, vor allem, wenn sie keinen Zugang zu Wasser zum Sterilisieren, für die Hygiene oder zum Kochen haben.

[Ibtisam Mahdi](#) ist eine freiberufliche Journalistin aus Gaza, die sich auf die Berichterstattung über soziale Themen, insbesondere über Frauen und Kinder, spezialisiert hat. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Schutzlose Palästinenser in Gaza und Westbank**

Über den Konflikt zwischen Israel und Iran droht das Los der Palästinenser in Vergessenheit zu geraten. Im Gazastreifen hat die Armee am 16.06.2025 erneut 20 hungernde Menschen in der Nähe einer Verteilstation für Lebensmittelpakete der GHF (Gaza Humanitarian Foundation) getötet und mehr als 200 verletzt, wie die lokale Gesundheitsbehörde meldete. Seit die GHF seit Ende Mai in Gaza tätig ist, wurden [Hunderte Palästinenser in der Nähe ihrer Ausgabestellen getötet und Tausende verletzt](#). Weil sie keine andere Wahl haben, versuchen dennoch jeden Tag Zehntausende, an die viel zu wenigen Lebensmittelpakete zu kommen. Dabei könnten die

Vereinten Nationen nach eigenen Angaben die Bevölkerung des Küstenstreifens problemlos versorgen, wenn die israelische Armee das zuließe.

Noch stärker in Vergessenheit zu geraten droht der steigende Druck auf die Palästinenser in der Westbank. Diesen haben die israelischen Behörden unmittelbar nach dem Beginn des Kriegs gegen den Iran eine Ausgangssperre auferlegt. Im Bezirk Dschenin hatte das Militär in KW24 Dutzende Angriffe ausgeführt, wie die WAFA (Palestinian News & Information Agency) berichtete. Seit 13.06. stürme die Armee das Dorf Aneen laut dem Gemeinderatsvorsitzenden Mohammed Issa täglich, mache Wohnhäuser zu militärischen Außenposten und vertreibe die Bewohner. Gleiches gelte für weitere Dörfer in der Umgebung sowie in den Bezirken Ramallah und Al-Bireh. Wie in Gaza annektiert die Regierung von Benjamin Netanjahu in der Westbank Land, zerstört die Lebensgrundlagen der Menschen und versucht, jeden Widerstand dagegen zu unterdrücken.

Das israelische Militär hat am 24.06.2025 mindestens 44 Palästinenser in Gaza bei dem jüngsten Massaker an Hilfe suchenden Menschen getötet, berichtete Associated Press unter Berufung auf Zeugen und Krankenhausmitarbeiter. Al Jazeera berichtete, dass Israel insgesamt 80 Palästinenser in Gaza getötet habe und die Zahl der Todesopfer unter den Hilfesuchenden auf 51 bezifferte. Der AP-Bericht besagt, dass israelische Panzer, Drohnen und Truppen das Feuer auf Hunderte von Palästinensern im Süden und im Zentrum von Gaza eröffneten, die sich auf den Weg zu Hilfsstellen gemacht hatten, die vom US-amerikanischen und israelisch unterstützten GHF betrieben werden und zu Todesfällen geworden sind. Das israelische Militär räumte ein, dass seine Streitkräfte das Feuer auf Menschenmengen von Hilfssuchenden eröffneten, und behauptete, es habe "Warnschüsse" auf Personen abgegeben, die sich den Streitkräften "verdächtig" näherten. Laut AP behauptete das israelische Militär nicht, dass die Menschen bewaffnet waren. Das Töten von hilfesuchenden Palästinensern ist laut Dave DeCamp in Gaza zur täglichen Routine geworden. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums von Gaza wurden [seit Beginn der Tätigkeit der GHF im Gazastreifen Ende Mai mindestens 516 Palästinenser vom israelischen Militär getötet](#), während sie Hilfe suchten, und weitere 3'799 wurden verletzt.

[Inhalt](#) ↑

● "Global March to Gaza" gestoppt

Am 12.06.2025 brach eine Graswurzelbewegung aus Zivilisten im Rahmen des "Global March to Gaza" von Kairo zu ihrem [Weg durch die Wüste zur ägyptischen Grenze zum Gazastreifen](#) auf, um die illegale Blockade durch Israel zu durchbrechen. Der Marsch nach Gaza ist nicht ungefährlich, da bei Erreichen von Rafah die Gefahr besteht, von der israelischen Armee angegriffen zu werden. Die Initiative fand sich im Mai 2025 zusammen und wuchs schnell an. Sie setzt sich nicht aus NGOs oder Organisationen zusammen, sondern aus Einzelpersonen, darunter Ärzte, die selbst in Gaza waren, und Palästinenser aus der Diaspora, sowie Menschen aus anderen Ländern, die die Blockade Gazas nicht mehr hinnehmen können. Die Delegationen kommen aus 52 Nationen, darunter auch über 100 Menschen aus Deutschland.

Am 12.06.2025 wird von den Veranstaltern gemeldet, dass über [200 der palästinasolidarischen Aktivisten festgenommen worden](#) seien, nachdem Israel die ägyptischen Behörden am Vortag aufgerufen hatte, jegliche "propalästinensische Provokation" auf ägyptischem Boden zu verbieten.

Am 16.06.2025 haben rund 1'700 Menschen, darunter Menschenrechtler und Aktivisten, die von Tunesien aus über Libyen und Ägypten in das Kriegsgebiet im Gazastreifen gelangen wollten, [angekündigt, ihre Reise abzubrechen](#), nachdem der Gruppe die Einreise nach Ägypten verweigert worden sei.

Zuvor hatten die Teilnehmer unbekannter Anzahl mehrere Tage in Libyen festgesessen. Nun wollen sie nach Tunesien zurückkehren, sobald alle Teilnehmer freigelassen worden seien, die derzeit noch in Libyen festgehalten würden. Die Gruppe hatte ursprünglich geplant, sich in

Ägypten mit weiteren Unterstützern zu vereinen und im Rahmen der Aktion "Global March to Gaza" rund 50 Kilometer zu Fuß bis zum Grenzübergang Rafah zu gehen, um dort auf die humanitäre Lage im Gazastreifen aufmerksam zu machen und ein Ende der israelischen Militäroperationen zu fordern.

Auch aus anderen Ländern waren Aktivisten nach Ägypten gereist. Laut Sicherheitskreisen wurden rund 400 von ihnen Ende der vorigen Woche in der Stadt Ismailia nahe dem Suezkanal festgesetzt. Ihre Reisepässe seien beschlagnahmt worden; es werde erwartet, dass sie über den Flughafen von Kairo abgeschoben werden.

[Elisa Gratias](#), Jg. 1983, studierte Übersetzen und Journalismus. Sie arbeitet seit 2014 als freiberufliche Autorin, Übersetzerin und Künstlerin. Zu den Themen Glück, Erfüllung und Gesellschaft betreibt sie ihren Blog [flohbaier.com](#); ihre Kunst zeigt sie auf [elisagratis.com](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Stefan Nold: **Jugendgefährdende Regierungen**

Angesichts der Tragödien von zwei Weltkriegen, in denen ein Großteil der damaligen Jugend ihr Leben auf den Schlachtfeldern lassen musste, während "die Schieber auf dem Schwarzmarkt, die Schaumschläger in den Parlamenten, die Scharfmacher in den Heeresleitungen und die reichen Barone von der Schwerindustrie" Gewinne gemacht haben. Angesichts der vorgegebenen Denkmuster, nach denen heute der Feind im Osten steht, erinnert Stefan Nold an die Sicht von Wolodymyr Selenskyj, mit der er die Präsidentenwahl gewonnen hat, nämlich, dass er Diener des Volkes sein wollte. Nold erinnert auch an die Sicht von Wladimir Putin, die er 2019 in Paris im Hinblick auf den Konflikt im Donbass äußerte: "[Lassen Sie uns auch die einfachen Menschen nicht vergessen](#), die dort leben. Alle unsere Vereinbarungen sollten dazu beitragen, ihr Leben nicht irgendwann später, sondern jetzt zu verbessern." Aber beide Sichten und die daraus erwachsende Chance, Freunde zu werden, durften nach Nold nicht Realität werden, weil das Dritten nicht passte.

Als "Großvater, der seinen Enkeln die verlorene Jugend seiner Vorfahren ersparen möchte", schließt er sich Jeffry Sachs an, der angesichts der "völlig unfähigen politischen Führer" des Westens fordert: "Der Krieg muss aufhören, bevor wir alle in die Luft gejagt werden." Den deutschen Politikern empfiehlt er dringend, dass sie "alles daran setzen, das zerschlagene Porzellan wieder zu kitten, [sich] um Aussöhnung bemühen und die laufenden Friedensverhandlungen wohlwollend begleiten. Wir können uns nicht zum dritten Mal in hundert Jahren eine Regierung leisten, die unsere Jugend und unser ganzes Land gefährdet."

[Stefan Nold](#), Jg. 1959, ist Ingenieur für Elektrotechnik. Auch tätig als Aktivist und Mitbegründer erfolgreicher lokaler Bürgerinitiativen, der auch bei [Friedenskundgebungen](#) auftritt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Sergej Lawrow: **Warum hält sich der Westen nicht an die Grundsätze der UNO?**

Sergej Lawrow erinnert an die Entstehung der UNO und der UN-Charta vor 80 Jahren als Ergebnis der Verhandlungen der Alliierten in Jalta und Potsdam. Für ihn bildet die damals entstandene Ordnung seit acht Jahrzehnten den normativ-rechtlichen Rahmen des internationalen Systems. Aber die UNO habe uns nicht ins Paradies geführt, sondern vor der Hölle bewahrt. In der UNO sei der Grundstein für eine multipolare Welt gelegt worden.

Lawrow sieht, wie russische Wissenschaftler, in der [UNO in erster Linie "ein Mittel, um den natürlichen Egoismus der Staaten zu begrenzen"](#). Allerdings habe der Westen im Unterschied zu Russland ein Problem damit, sich vom Syndrom der Ausnahmestellung zu verabschieden, die

Vereinbarungen von Jalta und Potsdam nicht als taktisches Zugeständnis zu betrachten und sich an den Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten entsprechend der UN-Charta zu halten. Vielmehr habe man den "Sieg im Kalten Krieg" als Chance verstanden, die vollständige Vorherrschaft der USA ohne Rücksicht auf die in der UN-Charta verankerten Beschränkungen auszurufen. Das habe zur geopolitischen Einbindung Osteuropas geführt. "Russland war gezwungen, deren explosive Folgen mit der militärischen Sonderoperation zu beseitigen." Für die neue US-Regierung sei nicht nur die Ordnung von Jalta und Potsdam unerwünscht, sondern auch die "regelbasierte Ordnung", "die nach dem Kalten Krieg den Egoismus und die Arroganz des von den USA geführten Westens zu verkörpern schien". Mit "America first" zeige man "nicht den geringsten Respekt vor den völkerrechtlichen Verpflichtungen Washingtons aus der UN-Charta". Lawrow geht davon aus, dass "die Vereinigten Staaten letztendlich verstehen werden, dass sie ihren Verantwortungsbereich in internationalen Angelegenheiten nicht überstrapazieren sollten, und dass sie als einer der führenden Staaten, aber nicht mehr als Hegemon, recht harmonisch leben werden". Während Russland darauf warte, dass die USA zur Besinnung kommen, werde Russland "weiterhin gewissenhaft mit unseren gleichgesinnten Partnern zusammenarbeiten, um die Mechanismen der zwischenstaatlichen Beziehungen an die Multipolarität und an den in der UN-Charta verankerten internationalen Rechtskonsens von Jalta und Potsdam anzupassen".

In der BRICS-Erklärung von Kasan vom 23.10.2024 sieht Lawrow ein gemeinsames "Bekenntnis zum Multilateralismus und zur Wahrung des Völkerrechts, einschließlich der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze als unverzichtbarer Eckpfeiler und der zentralen Rolle der Vereinten Nationen im internationalen System" klar bekräftigt. Russland strebe mit Brasilien und Indien eine Demokratisierung des UN-Sicherheitsrates durch eine stärkere Vertretung der Weltmehrheit an, wobei Russland das Vetorecht der ständigen Mitglieder beibehalten will, um "der unberechenbaren Politik der westlichen Minderheit" etwas entgegensetzen zu können. Lawrow steht zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur territorialen Integrität eines Staates, wenn dessen Regierung die gesamte Bevölkerung vertritt, was aber in der Ukraine seit 2014 nicht mehr gegeben sei. Lawrow schließt sich abschließend seinem Präsidenten Putin an, für den das Wichtigste sei, "das Verständnis dafür wiederzugewinnen, wozu die Vereinten Nationen geschaffen wurden, und den Grundsätzen zu folgen, die in ihren Gründungsdokumenten festgelegt sind".

Wir finden, dass eine Demokratisierung des UN-Sicherheitsrats, was wir sehr begrüßen, mit einer Beibehaltung des Vetorechts nicht vereinbar ist. (Red.)

[Sergei Wiktorowitsch Lawrow](#), Jg. 1950, [studierte](#) am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), der Kaderschmiede für Generationen von Sowjetdiplomaten; bis 2004 russischer Diplomat in verschiedenen Positionen, seit März 2004 Außenminister der Russischen Föderation. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Friedensbotschafterin aus Palästina – Sumaya Farhat-Naser in der Schweiz

Nach Sumaya Farhat-Naser, Wissenschaftlerin und Friedenspädagogin aus Palästina, [bot der 7. Oktober 2023 die Chance, dass sich Israel das gesamte palästinensische Land aneignet](#). Nun werde der Vernichtungsplan der israelischen Regierung offen durchgezogen, auch im Interesse des Westens und lokaler Akteure. Die aktuell aus dem Norden des Gaza-Streifens Flüchtenden dürfen nicht bleiben. Nur, wer sich niemals kritisch zu Israel geäußert hat, darf so lange in umzäunten Reservaten leben, bis sie endlich "freiwillig" einen anderen "Aufenthalt" suchen werden. Nach Farhat-Naser geht es um Macht und Geschäft und auch um die großen Gasvorkommen vor der Küste des Gaza-Streifens. Dafür seien bisher offiziell mehr als 80'000 Menschen getötet worden,

die unter den Trümmern der Gebäude begrabenen nicht mitgezählt. Etwa 30'000 Kämpfer befinden sich mit 59 Geiseln, davon 24 noch lebende, in den unterirdischen Tunnels. Diese Menschen sollen auch geopfert werden, sie dürfen die Landnahme Israels nicht behindern, sondern sollen sie begründen helfen.

Auch in der zerstückelten Westbank werde das Leben für die Palästinenser immer schwerer. Renten und Gehälter, aber auch Mittel für die PA (Palästinensischen Autonomiebehörde) werden zurückgehalten, so dass auch Staatsangestellte (u.a. Ärzte und Pflegepersonal) nicht bezahlt werden können. Die Arbeitslosigkeit nehme zu. Die Infrastruktur inkl. Wasser- und Straßensystem seien viel schlechter als die für die Israelis. Der Zugang zu Nachbarorten, zu Arbeit und Ausbildung sei stark eingeschränkt. Der ständige straffreie Landraub durch fanatisierte Siedler in der Westbank gehe ungehindert weiter. Und dennoch wollen die Palästinenser in ihrem Land bleiben, wie es ihr Recht sei.

Die Friedenspädagogin Sumaya Farhat-Naser leistet nicht nur in Palästina einen eminent wichtigen Beitrag, indem sie den Kindern und Jugendlichen ihres Landes einen Weg in eine gemeinsame friedliche Zukunft weist. Auch in der Schweiz weiß sie Heranwachsenden Ohren und Herzen zu öffnen. Eliane Perret schildert, wie Farhat-Naser es versteht, in einer Schweizer Schulklasse für gespannte Aufmerksamkeit zu sorgen, als sie den Schülern praktisch aufzeigte, wie sie lernen können, [Konflikte ohne Gewaltanwendung zu lösen](#) und dabei an Selbstwertgefühl zu gewinnen.

[Renate Dünki](#), [Jg. 1944](#), ist ausgebildete Schweizer Künstlerin. (Red.)

[Eliane Perret](#) begann ihre Laufbahn als Lehrerin für die Grundschule und Sonderklassen und übernahm nach dem Studium von Psychologie, Psychopathologie und Sonderpädagogik einen Lehrauftrag für Psychologie und Pädagogik. Sie ist eine Expertin auf dem Gebiet der Sonderpädagogik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑